

Beschluss (vorläufig) Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass
2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu
3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.

4
5 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der
6 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa
7 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat
8 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.
9 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien
10 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und
11 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
12 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
13 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den
14 Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die vielen
15 Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.

16
17 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an
18 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die
19 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
20 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns
21 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,
22 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der
23 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.

24
25 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische
26 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben
27 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung
28 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung
29 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung
30 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren
31 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem
32 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltslage muss der
33 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für
34 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir
35 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die
36 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.
37 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf
38 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.

39 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den
40 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus
41 anderen Ländern kommen und zweifeln,

42 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben
43 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen
44 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen
45 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen
46 wir uns entschlossen entgegenstellen.

47
48 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in
49 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese
50 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler
51 Politik oder Scheinlösungen führen.

52 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar
53 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und
54 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang
55 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte
56 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch
57 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische
58 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie
59 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher
60 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine
61 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

62 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den
63 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei
64 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets
65 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen
66 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu
67 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der
68 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:
69 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht
70 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch
71 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehaft
72 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse
73 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

74
75 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe
76 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in
77 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung
78 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über
79 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien
80 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und
81 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland
82 gerecht wird.

83
84 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten
85 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und
86 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

87
88 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir Grüne haben seit unserer
89 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene
90 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven
91 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander*innen

92 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der
93 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn
94 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der
95 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

96
97 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und
98 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten
99 bisher nur Minister*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren
100 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft
101 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen
102 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer
103 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und
104 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

105
106 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von
107 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:
108 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in
109 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu
110 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die
111 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

112
113 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,
114 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die
115 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft
116 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe
117 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille
118 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit
119 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch
120 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein – gerade auch auf
121 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt
122 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu
123 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

124
125 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige
126 und LGBTIQ* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.
127 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich
128 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen
129 Staatsbürgerschaft erhalten.

130 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich
131 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie
132 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil
133 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

134

135 **1. Säule: listen to the science**

136 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole
137 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf
138 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel
139 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

140 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten
141 Ressorts, ein Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
142 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll
143 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege
144 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen
145 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit
146 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen
147 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von Schleusern
148 abhängig sind? Wie können wir die Europäische Verteilung verbessern? Woran hakt
149 es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles
150 kann auf den Tisch.

151 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter
152 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie
153 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen
154 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen
155 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,
156 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher
157 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich
158 wieder evidenzbasiert sein.

159
160 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt
161 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören
162 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen
163 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit
164 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,
165 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

166 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit** 167 **vorantreiben**

168 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden
169 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die
170 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,
171 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass
172 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal
173 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und
174 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres
175 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und
176 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und
177 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die
178 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
179 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

180
181 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer
182 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die
183 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen
184 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere
185 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausemissionen tragen. Europa sollte
186 zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und über internationale

187 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,
188 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die
189 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds
190 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

191
192 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in
193 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen
194 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu
195 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,
196 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu
197 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,
198 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene
199 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für
200 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und
201 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer
202 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration
203 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

204 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne
205 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die
206 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand
207 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser
208 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten
209 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen
210 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa
211 kommen muss, um Schutz zu finden.

212 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte
213 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und
214 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere
215 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr
216 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für
217 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen
218 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der
219 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale
220 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht
221 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte
222 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch
223 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die
224 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in
225 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente
226 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.
227 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei
228 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität
229 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von
230 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe
231 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine
232 autokratischen Regime stärken.

233
234 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns
235 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen
236 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und

237 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,
238 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue
239 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in
240 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene
241 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

242
243 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit
244 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die
245 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtsstaatlichkeit und die Würde von
246 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der
247 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation
248 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur
249 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft
250 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und
251 langfristig reduzieren können.

252
253 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das
254 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische
255 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der
256 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die
257 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des
258 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die
259 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-
260 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur
261 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder
262 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme
263 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der
264 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,
265 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der
266 Menschenrechtslage in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von
267 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die
268 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss
269 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für
270 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer
271 werden soll.

272 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land
273 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen
274 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen
275 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger
276 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,
277 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

278 **3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern**

279 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende
280 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,
281 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit
282 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten
283 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und
284 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

285 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-
286 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen
287 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

288 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
289 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
290 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
291 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
292 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
293 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
294 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die
295 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen
296 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl
297 grundsätzlich nicht vereinbar.

298 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen
299 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen
300 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem
301 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen
302 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in
303 Europa finden.

304 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
305 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
306 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur
307 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf
308 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

309 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen
310 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

311 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der
312 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der
313 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen
314 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang
315 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

316 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge
317 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.
318 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.
319 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang
320 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung
321 von Schutzsuchenden in Europa.

322 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau
323 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder
324 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse
325 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen
326 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei
327 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der
328 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

329 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und
330 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und
331 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen

332 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen
333 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz
334 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern
335 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener
336 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht
337 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen
338 zentral.

339 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der
340 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine
341 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen
342 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten
343 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine
344 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin
345 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen
346 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das
347 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So
348 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos
349 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der
350 Rechtslage notwendig.

351 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten
352 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren
353 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen
354 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung
355 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur
356 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
357 Kriterien getroffen werden darf.

358 Die Menschenrechtssituation an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig
359 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen
360 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und
361 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

362 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -
363 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
364 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
365 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
366 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden
367 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die
368 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
369 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und
370 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und
371 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren
372 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks
373 entgegenzuwirken.

374 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
375 zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen
376 wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich
377 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze
378 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung
379 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen

380 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale
381 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher
382 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
383 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im
384 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich
385 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen
386 Seenotrettungsorganisationen.

387 4. Säule: Asylrecht verteidigen

388 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und
389 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört
390 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen
391 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht
392 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden
393 und werden können.

394 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu
395 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von
396 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten
397 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten
398 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.
399 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der
400 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren
401 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem
402 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch
403 rechtens oder human.

404 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,
405 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene
406 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten
407 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen
408 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuft
409 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

410 Aus dem Genozid an den Jesid*innen durch den sogenannten „Islamischen Staat“
411 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak
412 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite
413 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir
414 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran
415 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug
416 wieder aufzuheben.

417 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und
418 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und
419 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
420 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von
421 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer
422 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus
423 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

424 5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen

425 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben
426 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt
427 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die
428 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn
429 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
430 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
431 Verpflichtungen.

432 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und
433 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen
434 der
435 Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate
436 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die
437 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten
438 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle
439 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

440 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,
441 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt
442 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit
443 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.
444 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend
445 Mittel und
446 Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen, wenn
447 Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von Eltern
448 und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für gelingende
449 Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

450 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte
451 Strukturen braucht.
452 Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre
453 geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen
454 kommen.
455 Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet
456 sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000 Wohnungen im Jahr zu
457 bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis wird und damit auch
458 der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird. Die ausreichende
459 Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher Infrastruktur wie Gerichten
460 oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für gelingende Integration. Eine
461 stärkere und dauerhafte Finanzierung der Unterbringung und Versorgung in unseren
462 Kommunen, die einen zentralen Teil der Integration leisten, sollte von Bund und
463 Ländern durch einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

464 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer
465 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die
466 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf
467 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu
468 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,
469 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in
470 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

471 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in
472 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich
473 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu
474 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer
475 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.
476 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die
477 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein
478 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die
479 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

480 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns
481 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit
482 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region
483 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine
484 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für
485 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines
486 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und
487 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen
488 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich
489 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei
490 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu
491 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,
492 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
493 Außerdem soll
494 im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine
495 Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige Bleibeperspektive bekommen,
496 statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir Kapazitäten in den
497 Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen treffen. Es reicht
498 nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und Teilhabe
499 ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden können -
500 bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht
501 entzogen werden.

502 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 503 **Bereichen**

504 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im
505 Kern, geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht
506 zu ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt
507 aber eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene
508 EU-
509 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der
510 vorgeschriebenen Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher
511 Kontrolle der Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt
512 Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen
513 dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich
514 weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission
515 unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin
516 der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.
517 Vertragsverletzungsverfahren zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht
518 angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei

519 fortlaufender Untätigkeit der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre
520 Möglichkeit nutzen, Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.
521 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben
522 und sich die Verteilung verbessert.

523 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland
524 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und
525 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel
526 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse
527 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der
528 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch
529 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder
530 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als
531 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende
532 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben
533 werden.

534 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei
535 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss
536 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang
537 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
538 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von
539 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen
540 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den
541 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen
542 politisch legitimieren.

543
544 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder
545 Gefährder sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die
546 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär
547 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um
548 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.